Erwachsenenbildung in Schweden

Autor(en): **Viklund, Birger**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **70 (1978)**

Heft 12

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354925

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Erwachsenenbildung in Schweden

Birger Viklund

Per Albin Hansson, der in den dreissiger Jahren den «folkhem»-Gedanken[1] formulierte, unterschied zwischen der *politischen* Demokratie, die gerade erreicht worden war, der *sozialen* Demokratie, die für die Arbeiterregierung der dreissiger Jahre die wichtigste Aufgabe sei, und der *wirtschaftlichen* Demokratie, als einer Utopie, welche die Arbeiterbewegung in Zukunft zu verwirklichen hätte. Die von der Gewerkschaftsbewegung angeregten politischen Reformen im Arbeitsleben gegen Ende der sechziger und siebziger Jahre sind der Beginn tiefgreifender Veränderungen der Machtverteilung in den Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt, das heisst wichtige Schritte auf dem Wege zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie, die auch in der Satzung des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO als ein Hauptziel genannt wird.

Auswirkungen auf die Bildungsarbeit

Die Arbeitnehmer – Gewerkschaftsmitglieder – werden in der neuen Situation eine andere Aufgabe zu erfüllen haben. Mit der Zeit wird sich ein neues Modell der Verteilung der Arbeit und Verantwortung entwickeln, das mit den Idealen der Demokratie und Gleichheit weitgehend übereinstimmt.
Wir haben darüber diskutiert, inwiefern die neue Situation neue Anforderungen an die interne Ausbildung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und der Mitglieder im allgemeinen stellt: die einen müssen ja neue Verantwortung übernehmen und die anderen müssen sie hierbei unterstützen und anregen.
Ein stärker demokratisiertes Arbeitsleben stellt aber nicht nur Forderungen an die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, sondern auch an die Schule und an die Erwachsenenbildung. Die Schule muss eine bessere Vorbereitung zur Verantwortungsübernahme und Mitbestimmung im Arbeitsleben der Erwachsenen bieten, die Erwachsenenbildung muss vor allem den Gruppen mit der kürzesten Schulbildung und den härtesten und eintönigsten Aufgaben – der schlechtesten Arbeitsumgebung – Hilfe und Ermunterung geben, an ihrer Weiterbildung zu arbeiten. Diese Menschengruppen brauchen eine allgemeine Hebung ihres Bildungsniveaus, wenn sie sich im demokratischen Prozess behaupten sollen. Sie müssen Selbstvertrauen

[1] Wörtlich «Volksheim» — das heisst der Wohlfahrtsstaat.

und Kenntnisse erwerben, um ihre Erfahrungen, Auffassungen und Forderungen geltend machen zu können. Nur so können die Menschen, die am stärksten benachteiligt sind, die Entwicklung beeinflussen und an den Erfolgen teilhaben, zu denen eine stärkere Arbeitnehmerbeteiligung führen soll.
Nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Zentralverband der schwedischen Arbeitgeber SAF erhoben der Schwedische Gewerkschaftsbund (LO) und die zentrale Organisation der Angestellten und Beamten (TCO) im Jahre 1973 bei der Regierung die Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung des Rechts der Arbeitnehmer auf Bildungsurlaub. Dies führte 1974 zu einer Regierungsvorlage und einem Reichtagsbeschluss, der am 1. Januar 1975 als Gesetz in Kraft trat. Danach hat ein Arbeitnehmer, der sechs Monate ununterbrochen, oder mindestens zwölf Monate während der letzten zwei Jahre, beschäftigt gewesen ist, Anspruch auf Bildungsurlaub. Soweit es sich um rein gewerkschaftliche Studien handelt, werden keine Forderungen an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gestellt. Das Gesetz gibt dem Arbeitnehmer das Recht, an seinen Arbeitsplatz zurückzukehren, wenn die Studien unterbrochen werden.
Vorrangigen Anspruch auf Bildungsurlaub haben alle, die gewerkschaftliche Fächer studieren, diejenigen, die kürzer als neun Jahre lang die Schule besucht haben, sowie Arbeitnehmer mit unregelmässigen Arbeitszeiten. Falls die Gewerkschaft keine andere Übereinkunft trifft, kann der Arbeitgeber einen Urlaub für Gewerkschaftsstudien oder eine kürzere Ausbildung höchstens 14 Tage aufschieben; bei längerem Studium hat er eine Frist von sechs Monaten. Wenn ein Urlaub für einen Gewerkschaftskursus 14 Tage und für längere Studien sechs Monate vorher beantragt wird, kann ihn der Arbeitgeber nicht verweigern. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Gesetzes gilt die Auffassung der Gewerkschaft bis zur Klärung des Falles durch das Arbeitsgericht.

Erste Reformen

Genauso wichtig wie die Möglichkeit, nach dem Studium zum Arbeitplatz zurückzukehren, ist es indessen für den Arbeitnehmer, dass er während der Studienzeit keinen allzu grossen Einkommensausfall erleidet. Um auch in dieser Hinsicht bessere Bedingungen zu erwirken, wandten sich LO und TCO 1974 an die Regierung mit dem Wunsch nach Reformen. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag waren damals so, dass der Regierungsvorschlag, der in wesentlichen Zügen den Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen folgte, angenommen wurde. Dem Regierungsbeschluss im Jahre 1975 waren eingehende Versuche und vorläufige Reformen vorausgegangen:

- Die freiwilligen Bildungsorganisationen der einzelnen Volksbewegungen spielen in der schwedischen Erwachsenenbildung die vorherrschende Rolle. Für einen weiteren Ausbau der Erwachsenenbildung ist eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für die Studienzirkel erforderlich. 1970 wurde eine spezielle Unterstützung für Studienfächer, die als besonders wichtig angesehen werden, eingeführt. Dies sind Schwedisch, Englisch, Mathematik und Gesellschaftskunde.
- Im gleichen Jahr wurden staatliche Zuschüsse zur zentralen Gewerkschaftsbildungsarbeit beschlossen. Viele Menschen bevorzugen diese Form der Erwachsenenbildung. Schliesslich haben ja auch die Vertreter der Arbeitgeber ihre höhere Ausbildung auf Kosten der Gesellschaft erhalten. Daher ist es nur recht und billig, wenn auch die rein gewerkschaftliche Ausbildung durch die Gesellschaft unterstützt wird.
- Das Recht der Einwanderer auf 240 Stunden Ausbildung in Schwedisch während der bezahlten Arbeitszeit wurde 1973 eingeführt. Zum Sprachunterricht gehört auch eine Einführung in die schwedische Gesellschaft und die gewerkschaftlichen Rechte.
- 1974 kam das Gesetz über die Stellung des Gewerkschaftsvertrauensmanns am Arbeitsplatz. Dies gilt auch für gewerkschaftliche Studienleiter. Sie sind berechtigt, während der bezahlten Arbeitszeit sich für diese Tätigkeit ausbilden zu lassen und später ihre Arbeitskollegen aufzusuchen, sie über Möglichkeiten zur Weiterbildung zu informieren und sie für bestimmte Studien zu interessieren.
- Auch die Universitäten sind den Arbeitern geöffnet worden. Wer das 24. Lebensjahr vollendet hat und vier Jahre berufstätig gewesen ist, hat Anspruch, die Universität zu besuchen, ohne die Gymnasialschule besucht zu haben.
- Die – staatlichen – Rundfunk- und Fernsehanstalten sind ebenfalls an der Erwachsenenbildung beteiligt und wenden sich in erster Linie in Zusammenarbeit mit den Studienverbänden an Menschen mit begrenzter Schulbildung.
- Eine berufstechnische Ausbildung auf Universitätsniveau ist ebenfalls eingeführt worden.
- Die Arbeitsmarktausbildung, das heisst Umschulungskurse für Arbeitslose, die in Schweden zwei Prozent aller Arbeitskräfte erfassen können – in der Regel wird nur die halbe Kapazität genutzt – hat in steigendem Masse allgemeinbildende Studien wie Schwedisch, Mathematik und Gesellschaftskunde in ihr Programm aufgenommen. Oft ist ja eine niedrige Allgemeinbildung die Hauptursache für Anpassungsschwierigkeiten in einem ständig wechselnden Berufsleben.

Die Reformen 1975

Die Reform der Erwachsenenbildung im Jahre 1975 brachte mehr staatliche Zuschüsse und schuf auch regionale Erwachsenenbildungsausschüsse für die Verteilung von Studienbeihilfen. In diesen regionalen Ausschüssen, in jeder Provinz einer, haben die Gewerkschaftsorganisationen die Mehrheit. Drei der Ausschussmitglieder werden von der LO, zwei von der TCO und vier von der Provinzialverwaltung ernannt.
Diese Ausschüsse verteilen jetzt auch Zuschüsse an die Gewerkschaftsorganisationen für ihre Kontaktarbeit am Arbeitsplatz. Ein besonderer Zuschuss geht an die LO und TCO zur zentralen Ausbildung von Studienleitern, die in den örtlichen Gewerkschaften ausgewählt werden. Auch in den Wohngebieten sind Versuche der Kontaktaufnahme und Werbung im Gange. Vor allem hofft man auf diese Weise, Familien von Einwanderern zur Teilnahme an Lehrgängen anzuregen, um ihnen die Integration in die neue Gesellschaft zu erleichtern. Die Studienverbände erhalten einen höheren Verwaltungszuschuss und mehr Geld für ihre Studienzirkel. Neben Englisch, Schwedisch, Mathematik und Gesellschaftskunde werden jetzt auch gewerkschaftliche Fächer und die Muttersprachen der Einwanderer bevorzugt, letzteres im Bestreben, der doppelten «Halbsprachigkeit» entgegenzuwirken, die häufig Einwanderer daran hindert, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen, und ihre Möglichkeiten begrenzt, kulturelle Veranstaltungen zu nutzen.
Eine weitere Gruppe, die bevorzugt staatliche Unterstützung erhält, sind Menschen mit Behinderungen dieser oder jener Art. Überdies werden besondere Zuschüsse zur Förderung der Arbeit von Studienzirkeln in dünn besiedelten Gebieten gewährt.
Die Teilnehmer an bevorzugten Studienzirkeln erhalten eine Entlöhnung. Im ersten Halbjahr 1976 belief sich der Betrag auf 18 Schwedenkronen je Stunde, er wurde in erster Linie denjenigen gezahlt, die Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit oder Schwerarbeit leisten und geringe Schulbildung aufzuweisen haben.
Teilnehmer an kurzen Tageskursen – mindestens zwei, höchstens fünf Tage je Halbjahr – erhalten einen Einkommenszuschuss von 70 skr täglich. Hier werden die gleichen Gruppen wie in den Studienzirkeln bevorzugt. Bei längeren Studien auf Haupt- und Sekundärschulniveau wird ein Höchstbetrag von 1400 skr monatlich (nach Abzug der Steuern) gezahlt.

Forderung nach neuen Reformen

Der schwedische Gewerkschaftsbund geht in seinem Bericht, der auf dem LO-Kongress 1976 angenommen wurde, noch weiter und

fordert eine Reform der Grundschule sowie zusätzliche Reformen der Erwachsenenbildung, um eine solide Grundlage für die weitere Demokratisierung des Arbeitslebens und für Bemühungen um mehr Gleichheit zu legen.
Die Schule muss dem Arbeitsleben näherkommen. Sie muss «allen Schülern eine effektive Gesellschaftsorientierung und gute Kommunikationsfertigkeiten» vermitteln, um die Lust und Fähigkeit zur Beteiligung und aktiven Einflussnahme am Arbeitsplatz zu fördern. Die Bedürfnisse und Erfordernisse der Durchschnittsarbeiter sollen hierbei im Mittelpunkt stehen.
Erreichen lässt sich dies nach Ansicht der LO, indem man den Schülern mehr Verantwortung für ihre Schulumwelt gibt. Sie sollten an allen möglichen verwaltungsmässigen, technischen und Dienstleistungsfunktionen auch deshalb beteiligt werden, weil praktische Arbeit an sich wertvoll ist. Lokal sind Koordinationsorgane zu schaffen, um den Kontakt zwischen Schule und Arbeitsleben zu verbessern. Darüber hinaus muss die Schule bessere Kenntnisse über die Gewerkschaftsarbeit vermitteln, nicht nur theoretischer Art, sondern auf eine praktische Konfrontation begründet. Gewerkschaftliche Arbeit fordert ja eine aktive Betätigung in der Gruppe (im Studienzirkel). Es geht um Fragen wie: was tut ein Schutzbeauftragter am Arbeitsplatz zur Beseitigung von Gesundheitsrisiken? Wie steht der Beschäftigte zu Personalfragen? Wie lassen sich die Erfahrungen des Arbeitnehmers bei der Planung der Produktion nutzen? Wie arbeiten die Gewerkschaften und das Arbeitsamt, um die Probleme der Behinderten zu lösen?

Höhere Schule

Der höheren Schule (Alter der Schüler 16 bis 19 Jahre) gelingt es nicht, ein Drittel der Altersgruppen, für die sie bestimmt ist, wirklich zu erfassen: einige bemühen sich gar nicht erst um Aufnahme in die Gymnasialstufe, andere werden nicht angenommen, und eine dritte Gruppe schliesslich bricht die Gymnasialschule ab, da sie ihr nicht sinnvoll erscheint. Aus diesem Kreis kommen die meisten jugendlichen Arbeitslosen.
Die Gewerkschaftsbewegung fordert jetzt eine Reform der Gymnasialschule in dem Sinne, dass sie ein System der wiederkehrenden Ausbildung erleichtert und dass in allen Zweigen der höheren Schule auch Berufsbildung und allgemeines Wissen vermittelt werden. Auf diese Weise sollen Selbstverantwortung und ein allmähliches Hineinwachsen in die Erwachsenenrolle gefördert werden. Das Ziel besteht darin, die höhere Schule für alle attraktiv zu machen. Die Erwachsenenbildung schliesslich wird sich von allen Teilen des Bildungswesens am schnellsten entwickeln. In erster Linie soll sie

den grossen Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Jugend kurze und mangelhafte Ausbildung erhalten haben, gerecht werden und ihnen eine Teilnahme an Wohlstand und Macht sichern. Ferner soll sie Menschen Gelegenheit geben, mit den raschen Veränderungen des Arbeitslebens Schritt zu halten und die Gesellschaft zu beeinflussen.
Erforderlich ist nach Auffassung der LO ein gesetzlich verankertes Recht auf eine wiederkehrende Ausbildung ohne Einkommensverlust. Um Einfluss ausüben zu können, muss man sich weiterbilden. Aus dieser Sicht wird die Erwachsenenbildung zu einem wichtigen Werkzeug der Arbeiterbewegung, um soziale Veränderungen lenken und die soziale Erneuerung anregen zu können.
Die Erwachsenen kommen ja von ihren Arbeitsplätzen zum Studienzirkel mit Lebenserfahrung, Reife, unmittelbarem Kontakt zu Problemen des Arbeitslebens und mit dem Willen zur Übernahme von Verantwortung. Mit Hilfe des Studienleiters und des Studienmaterials werden neue Einsichten, neue Ideen, neue Kenntnisse geschaffen. Ein neues Bewusstsein bildet sich. Dies ist die Methode, wenn ein Studienzirkel mit einem Grundkurs oder einem der Spezialkurse über Arbeitsumwelt zum Arbeitsplatz kommt und dort gemeinsam eine Bestandesaufnahme durchführt. Die ist auch die Methode, wenn der Entwurf zu einem neuen Arbeitsumweltgesetz, einem neuen Tarifabkommen oder zu einem neuen Vorschlag bezüglich der kollektiven Arbeitnehmerfonds (auf der Grundlage der Gewinnbeteiligung) den Studienzirkeln an den Arbeitsplätzen zur Stellungnahme unterbreitet wird.

Sinn und Ziel der Erwachsenenbildung

Die Erwachsenenbildung ist eine Hilfe zur individuellen Entwicklung, eine Hilfe für den einzelnen, sich einer schlechten Arbeitsumwelt zu entziehen und sich über die Klasse zu erheben. Sie ist zugleich eine Hilfe für den einzelnen, ein sinnvolles Leben ausserhalb der Arbeit – in Literatur, Sprachen, Musik, Kunst – zu finden. Aber *ein* Aspekt der Erwachsenenbildung ist von besonderer Bedeutung für die Demokratie und für die erfolgreiche Entwicklung der Mitbestimmung: Die Erwachsenenbildung als Hilfsmittel für die Gesamtheit, bessere Bedingungen zu erreichen. Die Studien sollen, um den schwedischen Arbeiterdichter Ivar Lo-Johansson zu zitieren, eine Möglichkeit geben, sich *mit* der Klasse zu erheben, und nicht *über* sie.